

Stellungnahme zu TOP 7 der Ratssitzung am 9. Dezember 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren im Zuhörerraum,

sehr geehrte Pressevertreter,

liebe Ratskolleginnen und -kollegen,

in der Heinsberger Zeitung war zu dem Thema „Begas-Haus“ bereits am 4. November 2015 zu lesen: (Zitat) „Kompromissvorschlag liegt auf dem Tisch.“(Zitatende).

In dem anschließenden Artikel war ferner zu lesen: (Zitat)“Auf Nachfrage erklärte Landrat Stephan Pusch, er wisse nicht, wann die politischen Gremien der Stadt mit diesem Thema befasst würden, er habe aber von Bürgermeister Wolfgang Dieder Signale erhalten, dass dieser Kompromiss mitgetragen werde.“ (Zitatende)

Meine geschätzten Mitbürgerinnen und Mitbürger, wofür sitzen wir noch hier, wenn unter der Hand schon alles geregelt ist? Sind das hier noch demokratische Verhaltensweisen?

Die SPD-Fraktion hat aufgrund solcher Geschehnisse doch erhebliche Bedenken.

Dass der Stadt Heinsberg und dem Rat der Stadt Heinsberg Kultur wichtig ist und auch finanziell unterstützt werden muss, dürfte im Allgemeinen bekannt sein.

Dies untermauert auch der einheitliche Beschluss, dass sich die Stadt Heinsberg mit 75.000 € im Jahr am Trägerverein des Begas-Hauses beteiligt.

Darüber hinaus stellt die Stadt Heinsberg dem Begas-Haus die Räumlichkeiten mietfrei zu Verfügung. All das ist aus Sicht der SPD Fraktion vollkommen in Ordnung.

Aber was heute hier als Beschlussvorschlag auf dem Tisch liegt, ist aus Sicht der SPD Fraktion alles andere als in Ordnung.

Über Jahre hinweg wurde anscheinend nicht richtig hingeguckt, verzögert und verschleiert.

Wenn dann der Landrat von Blauäugigkeit spricht, empfindet das die SPD-Fraktion als Frechheit.

Blauäugig, meine Damen und Herren, ist zu glauben, dass die Bürgerinnen und Bürger für so etwas Verständnis haben. Freibäder, Feuerwehrgerätehäuser sind zu teuer, Schulstandorte u. U. ebenfalls, aber das Prestige-Objekt „Begas-Haus“ dafür ist Geld vorhanden.

Nein, meine lieben Ratskolleginnen und -kollegen, so geht es nicht.

Wenn in einem Verein Misswirtschaft betrieben wird, dann haftet der geschäftsführende Vorstand.

Der Trägerverein Museum Heinsberg ist ein eingetragener Verein, so wie die meisten kulturellen Vereine, die Karnevalsgesellschaften, die Schützenvereine, die

Theatervereine, die musizierende Zunft usw.; alles eingetragene Vereine mit geschäftsführenden Vorständen, die im Schadensfall haftbar gemacht werden. Die Mitglieder dieser Vereine würden Ihren Vorstand vom Hof jagen, wenn der Ihnen sagen würde:

„Ich war da ein wenig blauäugig“.

Und es käm auch **keine** Stadt Heinsberg und würde die Schieflage des Vereins auffangen.

Meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, was hat sich eigentlich bei Ihnen seit dem 01. Sept. 2015 geändert?

An diesem Tag stand in der Heinsberger Zeitung bezüglich der gemeinsamen Schul- und Kulturausschusssitzung des Kreises und der Stadt Heinsberg zu lesen: (Zitat des CDU-Ratsherrn Rütten): „Wir sehen uns einfach nicht in der Lage zuzustimmen. Wir können das in Heinsberg keinem erklären.“ (Zitatende)

Ich frage Sie, Herr Rütten: „Können Sie das jetzt?“

Erklären Sie doch einmal dem Bürger, dass es nicht nur die 55.000 € Einmalzahlung sind, sondern auch die Mietfreiheit für das Haus Lennartz, und dass der Beitrag des Kreises durch die Kreisumlage anteilig auch wieder von der Stadt Heinsberg bezahlt wird. Genau wie das Gehalt der Museumsleiterin, Frau Müllejans-Dickmann, das zukünftig vom Kreis Heinsberg ohne Kostenausgleich zur Verfügung gestellt wird. Auch da ist die Stadt Heinsberg über die Kreisumlage erneut beteiligt.

Meine Damen und Herren, die Kassen der Stadt Heinsberg sind weitestgehend leer. Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass wir uns diese 55.000 € nicht leisten können.

In der letzten Schul- und Kulturausschusssitzung vom 03.12.2015 haben wir **einstimmig** beschlossen, dass **keine** Sonderzahlungen an Vereine der Stadt Heinsberg geleistet werden.

Dies gilt unseres Erachtens auch für den Trägerverein Museum Heinsberg e. V.

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Heinsberg hätte im Vorfeld der heutigen Sitzung zumindest folgendes erwartet:

1. Eine lückenlose Aufklärung der Vorfälle, die zum Minus geführt haben.
2. Eine weitere Prüfung wie ohne Zuschuss das Minus ausgeglichen werden kann
und
3. Personelle Konsequenzen beim Vorsitzenden des Trägervereins

Dies ist aus Sicht der SPD-Fraktion alles nicht geschehen. Von lückenloser Aufklärung kann keine Rede sein.

Der Vorsitzende darf weiterhin „blauäugig“ zu Lasten der Steuerzahler den Verein lenken.

Die SPD-Fraktion wird diesem Beschlussvorschlag **nicht** zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.